

Strukturschwäche und Personalprobleme an der „Wiege der Demokratie“: aktuelle Herausforderungen für die Parteien auf der kommunalen Ebene

Dr. Hendrik Träger¹/Jan Pollex²

1. Einleitung

Die Politik auf der kommunalen Ebene rückt immer stärker in den Fokus der Politikwissenschaft, wobei häufig von der „Wiege der Demokratie“ oder der „Schule der Demokratie“ gesprochen wird. Diese Bezeichnungen lassen sich zum einen damit erklären, dass die Kommunen historisch älter als die staatlichen Strukturen sind und deshalb die ursprüngliche Form der (demokratischen) Herrschaftsausübung darstellen.³ Zum anderen heben die Bezeichnungen auf die Stellung der Kommunen im deutschen Mehr-Ebenen-System ab, denn die Städte, Gemeinden und Landkreise bilden die politische Arena, die am stärksten mit dem Lebensumfeld der Bürger verbunden ist. Sie sind im politischen System der Bundesrepublik Deutschland neben eigenen Politikfeldern (z.B. Stadtentwicklung) auch für die Umsetzung von politischen Entscheidungen der übergeordneten Ebenen verantwortlich⁴ und werden deshalb im Spannungsfeld von „policy-takers“ und „policy-makers“⁵ verortet.

Die politikwissenschaftliche Forschung zur lokalen Politik berücksichtigt mittlerweile alle Perspektiven des Fachs. Die Studien widmen sich beispielsweise der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen⁶, dem Prozess der Aushandlung und der Rolle lokaler Partei-Koalitionen⁷, den parlamentsähnlichen Strukturen der Bürgerversammlungen⁸, der Funktionsweise von Stadträten⁹ und den rechtlichen Rahmenbedingungen

kommunaler Politik¹⁰. Außerdem stehen der (internationale) Vergleich kommunaler politischer Settings¹¹ und aktuelle politische Problemlagen¹² im Fokus.

Wir beschäftigen uns in diesem Aufsatz mit der Situation der Parteien auf der lokalen Ebene. Auch in den Kommunen sind es vornehmlich Parteien, die die politische Willensbildung maßgeblich beeinflussen, Kandidaten aufstellen und den politischen Prozess in den Volksvertretungen prägen. In der Forschung wird konstatiert, dass die Parteipolitisation – also der Einfluss der Parteien auf die politische Willensbildung sowie auf die Besetzung von Ämtern und Mandaten – mit zunehmender Größe der Kommunen steigt. Obgleich es „keinen christlich-demokratischen Straßenbau und keine sozialdemokratische Wasserwirtschaft“¹³ gibt, sind auch auf der kommunalen Ebene deutliche Unterschiede zwischen den inhaltlich-programmatischen Positionen der Parteien erkennbar.¹⁴

„Die Diskussion über den Parteienwandel und die daraus resultierende Frage nach der Legitimität der parteienstaatlichen Ordnung wird (...) in der lokalen Politikforschung in Deutschland nicht einmal ansatzweise problematisiert“¹⁵, kritisierte Lars Holtkamp bereits vor fast einem Jahrzehnt. Das verwundert nicht zuletzt angesichts der schon damals virulenten Debatte, ob sich die „Mitgliederparteien am Ende“¹⁶ befinden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die allgemeine Entwicklung der Parteien in Deutschland auf die Gebietsverbände vor Ort auswirkt?

An dieser Stelle setzt der vorliegende Beitrag an und untersucht die aktuellen Herausforderungen, vor denen die Parteien (auch) auf der kommunalen Ebene stehen. In diesem Zusammenhang gehen wir sowohl auf die Mitgliederbestände (*Kapitel 2*) als auch auf die Personalsituation (*Kapitel 3*) der Parteien ein, um anschließend konkrete Vorschläge für den Umgang mit den skizzierten Herausforderungen zu unterbreiten und kurz zu diskutieren (*Kapitel 4*). Im empirischen Teil fokussieren wir uns aufgrund der uns vorliegenden Daten teilweise auf die Parteien im Freistaat Sachsen sowie auf ausgewählte Oberbürgermeister- und Landratswahlen (in ganz Deutschland).

¹ Der Verfasser arbeitet am Forschungs- und Lehrbereich „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/Politik in Europa“ des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Leipzig und ist Vorstandsmitglied des „Sächsischen Kompetenzzentrums für Landes- und Kommunalpolitik (SKLK)“.

² Der Verfasser arbeitet im Fachgebiet „Europäische Integration“ des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.

³ Vgl. Naßmacher/Naßmacher 2007, S. 10.

⁴ Vgl. Kost/Wehling 2010.

⁵ Schultze 2003, S. 121.

⁶ Exemplarisch: Roßteutscher/Schäfer 2016.

⁷ Exemplarisch: Gross 2017.

⁸ Exemplarisch: Kipke 2000; Haus 2005.

⁹ Exemplarisch: Pollex 2017.

¹⁰ Exemplarisch: Kipke 2000; Kost/Wehling 2010.

¹¹ Exemplarisch: Wollmann 2008; Kuhlmann/Wohlmann 2013.

¹² Exemplarisch: Schammann 2015; Schönig et al. 2017.

¹³ Hennis 1999, S. 16.

¹⁴ Vgl. Holtkamp 2008; Krapp/Egner 2013; Vetter/Kuhn 2013; Barbehön/Münch 2017.

¹⁵ Holtkamp 2008, S. 11.

¹⁶ Wiesendahl 2006.

Trotz dieser Auswahl sind unsere Befunde – wenn gleich in unterschiedlichem Maße – durchaus repräsentativ für die Situation in anderen Bundesländern und bei anderen Wahlen.

2. Herausforderungen (I): niedrige Mitgliederbestände

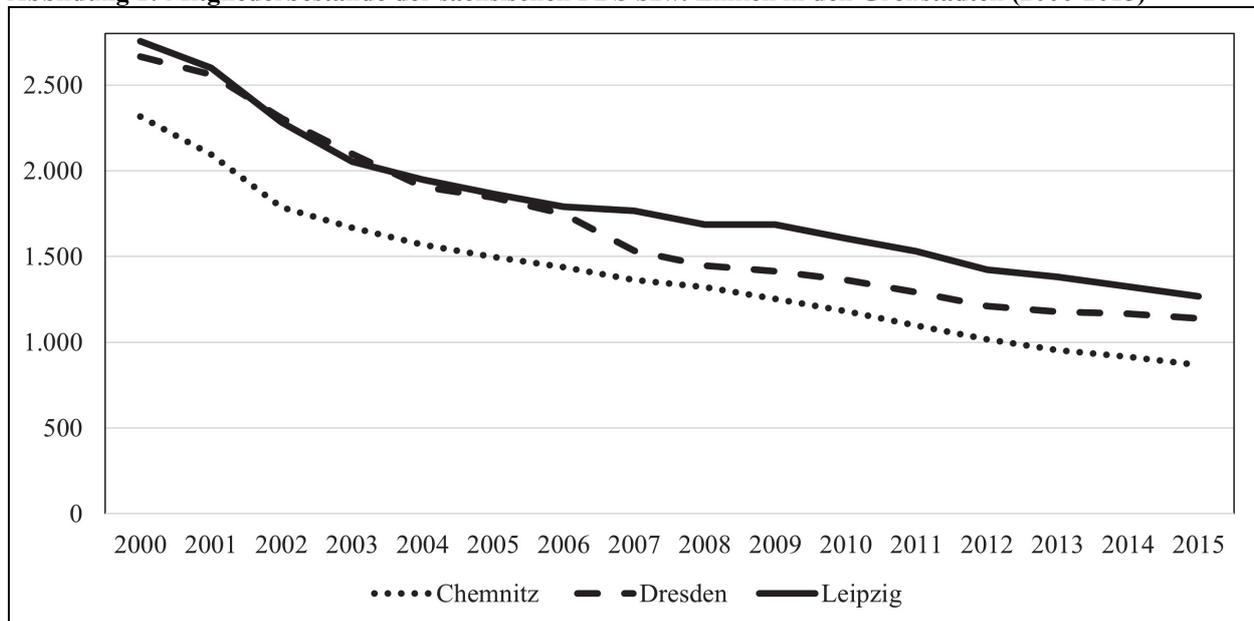
Seit 1990 ist in Deutschland ein erheblicher Rückgang der Zahl der Parteimitglieder um etwa die Hälfte zu verzeichnen, wobei die einzelnen Parteien teilweise divergierende Entwicklungen aufweisen: Während CSU (22,5 Prozent), CDU (43,7 Prozent), SPD (53,1 Prozent), FDP (68,4 Prozent) und Die Linke (unter Berücksichtigung der PDS als Vorgängerorganisation: 79,0 Prozent) innerhalb eines reichlichen Vierteljahrhunderts zwischen einem und vier Fünftel ihrer Mitglieder verloren, konnte Bündnis 90/Die Grünen als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien ihren Mitgliederbestand um fast die Hälfte (43,8 Prozent) ausbauen.¹⁷

Mittlerweile gehört nicht einmal mehr jeder 50. Deutsche einer Partei an, weshalb Oskar Nieder-

in manchen Bundesländern Mitgliedergerinne verzeichnen, denen jedoch Verluste in anderen Regionen gegenüberstanden.

Die immer schwächer werdende gesellschaftliche Verankerung der Parteien macht sich nicht nur auf der Bundes- und der Landesebene, sondern – und dies sogar in besonderem Maße – auf der kommunalen Ebene bemerkbar; also dort, wo die Parteimitglieder in Orts- beziehungsweise Kreisverbänden organisiert sind und sich (wenn sie es überhaupt machen) engagieren.¹⁹ Das lässt sich sehr eindrucksvoll am Beispiel der PDS beziehungsweise Linken in Sachsen²⁰ zeigen: Innerhalb von eineinhalb Jahrzehnten verloren die Linksozialisten in den drei Großstädten des Freistaates ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder. Hatten der PDS in Chemnitz bis einschließlich 2001 noch mehr als 2.000 Personen angehört, so sind es seit 2013 weniger als 1.000. Und in Dresden und Leipzig als den beiden sächsischen Metropolen mit jeweils über einer halben Million Einwohner hat Die Linke spätestens seit 2012 weniger als 1.500 Mitglieder (*Abbildung 1*).

Abbildung 1: Mitgliederbestände der sächsischen PDS bzw. Linken in den Großstädten (2000-2015)



Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen der Landesgeschäftsstelle der Partei Die Linke in Sachsen.

mayer zurecht „eine kontinuierlich abnehmende gesellschaftliche Verankerung der Parteien“¹⁸ konstatiert. Diese fällt bei den einzelnen Parteien und deren Landesverbänden sehr unterschiedlich aus. Im Jahr 2015 konnten mit Ausnahme der SPD alle Parteien

¹⁷ Vgl. Niedermayer 2016, S. 416.

¹⁸ Ebd., S. 412.

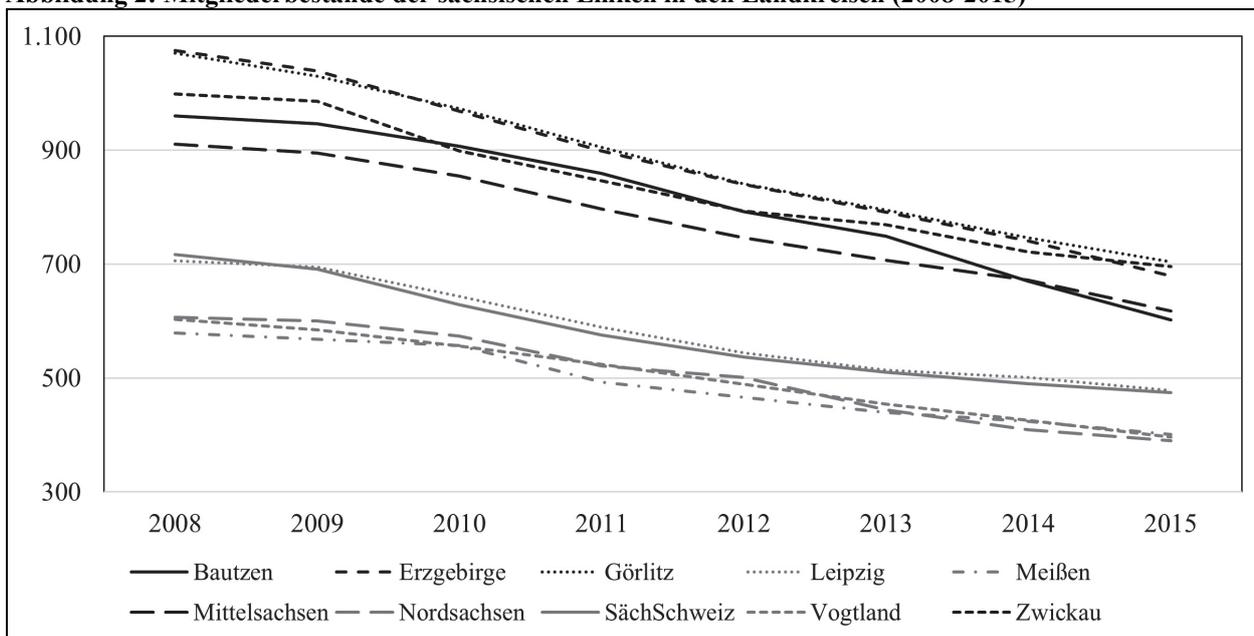
¹⁹ Everhard Holtmann (2013, S. 797) betont, „dass das lokale Umfeld für Parteimitglieder einen wesentlichen Anstoß für politisches Engagement liefert und auch eine wichtige Sprosse auf der persönlichen politischen Karriereleiter darstellt.“

²⁰ Die Linke in Sachsen ist der einzige Landesverband im Freistaat, der den Autoren für einen längeren Zeitraum Daten über die Mitgliederbestände in den Stadt- und Kreisverbänden zur Verfügung stellte.

In den ländlichen Regionen des Freistaates ist die Situation noch schlechter: Spätestens seit 2010 hat Die Linke in keinem der zehn sächsischen Landkreise mehr als 1.000 Mitglieder. Seit 2015 gibt es sogar fünf Kreisverbände, denen weniger als 500 Personen angehören (Abbildung 2). Solche Mitgliederbestände sind für Landkreise, in denen auf einer Fläche zwischen 950 und 2.396 Quadratkilometern etwa 200.000 bis fast 350.000 Menschen leben, sehr gering und gefährden die Arbeits- und Kampagnenfähigkeit der Partei (siehe unten).

vielen Regionen nicht einmal mehr zehn von 10.000 Einwohnern SPD oder Bündnis 90/Die Grünen an. Die Bündnisgrünen hatten 2012 in keinem Kreisverband mehr als 61 Mitglieder; das sind maximal zwei Mitglieder pro 10.000 Einwohner. Nicht wesentlich besser ist – ausgerechnet in ihrem einstigen Stammland, dem „roten Königreich“²² – die Situation für die Sozialdemokraten, denn die SPD hatte 2012 in den zehn Landkreisen lediglich zwischen 157 und 328 Mitglieder.²³

Abbildung 2: Mitgliederbestände der sächsischen Linken in den Landkreisen (2008-2015)



Anmerkung: Aus Gründen einer besseren optischen Darstellung der dicht gedrängten Graphen beginnt die y-Achse dieser Abbildung nicht bei null.

Quelle: Eigene Darstellung nach Informationen der Landesgeschäftsstelle der Partei Die Linke in Sachsen.

Mit ähnlichen Rekrutierungsproblemen wie Die Linke sind auch die anderen Parteien in Sachsen konfrontiert, wie mit Blick auf die kreisfreien Städte und Landkreise des Freistaates im Jahr 2012²¹ eindrucksvoll deutlich wird (Abbildung 3): Keinem der drei Stadt- und der zehn Kreisverbände gehört mehr als jeder 200. Einwohner des jeweiligen Gebietes an. Auf diesem niedrigen Niveau liegend ist die Situation mit einem Anteil von 0,42 Prozent – das sind 42 Mitglieder unter 10.000 Einwohnern – für die CDU im Erzgebirgskreis und Die Linke in Chemnitz noch am günstigsten. Im Gegensatz dazu gehören in

Die skizzierten Mitgliederbestände, die nicht nur für Sachsen typisch sind, sind teilweise so klein, dass sich nicht jede Partei „um alle kommunalpolitischen Ämter mit eigenen Mitgliedern bewerben“²⁴ kann. Noch wichtiger ist aus organisationssoziologischer Perspektive, dass „vor allem in einwohnerschwachen Gemeinden keine Ortsverbände (...) existieren“²⁵. Damit fehlt die organisatorische Grundlage, um sich vor Ort parteipolitisch engagieren zu können. Aufgrund der räumlichen Entfernungen insbesondere in den ländlichen Regionen dürften auch Treffen auf der Ebene des Kreisverbandes für viele Mitglieder

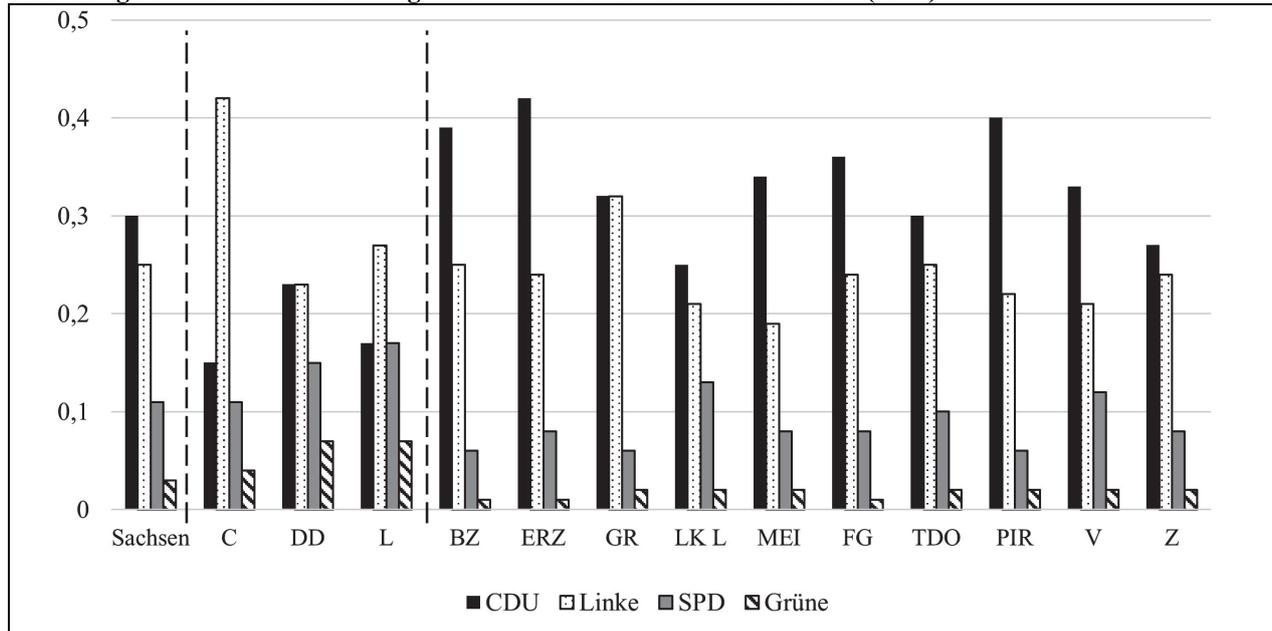
²¹ Das Jahr 2012 ist das einzige Jahr, für das für alle Parteien mit Ausnahme der FDP, deren Landesgeschäftsstelle keine entsprechenden Daten veröffentlicht, die Mitgliederbestände für die kreisfreien Städte und die Landkreise in Sachsen vorliegen.

²² Rellecke 2010, S. 341.

²³ Vgl. Träger/Pollex 2016b, S. 645.

²⁴ Rehfeld-Staudt/Rellecke 2010, S. 302.

²⁵ Holtmann 2013, S. 804.

Abbildung 3: Anteile der Parteimitglieder in Sachsen an allen Einwohnern (2012)

Anmerkungen: Angegeben sind die Anteile der Parteimitglieder an allen Einwohnern der jeweiligen Gebietskörperschaft; diese Werte sind nicht identisch mit der „Rekrutierungsfähigkeit“, denn bei dieser dienen nur die Personen im parteibeitrittsberechtigten Alter als Bezugspunkt.

Abkürzungen: C ... Chemnitz, DD ... Dresden, L ... Leipzig; BZ ... Landkreis Bautzen, ERZ ... Erzgebirgskreis, GR ... Landkreis Görlitz, LK L ... Landkreis Leipzig, MEI ... Landkreis Meißen, FG ... Landkreis Mittelsachsen (Freiberg), TDO ... Landkreis Nordsachsen (Torgau/Delitzsch/Oschatz), PIR ... Landkreis Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge (Pirna), V ... Vogtlandkreis, Z ... Landkreis Zwickau.

Quelle: Eigene Berechnungen nach Informationen der Landesgeschäftsstellen der Parteien.

keine überzeugende Alternative zu fehlenden Ortsverbandssitzungen sein, denn damit wären häufig lange Fahrzeiten verbunden.²⁶ Das sind äußerst ungünstige Voraussetzungen, um die Mitglieder zu einer aktiven Teilnahme am Parteileben oder gar für eine Kandidatur für innerparteiliche Mandate oder öffentliche Ämter zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang sind die beiden folgenden Aspekte zu berücksichtigen:

- Erstens sind die älteren Bevölkerungsgruppen in den Parteien überdurchschnittlich stark vertreten. Im Jahr 2015 lag das Durchschnittsalter der Mitglieder zwischen 50 (Bündnis 90/Die Grünen) und 60 Jahren (CDU). Damals waren in den großen Volksparteien, zu denen in Ostdeutschland auch Die Linke gezählt werden kann, ungefähr 40 Prozent der Mitglieder mindestens 66 Jahre alt.²⁷ Ein

nicht unwesentlicher Teil der Mitglieder hat also die in manchen Bundesländern für die Wahl zum (hauptamtlichen) Bürgermeister gesetzlich festgelegte Altersgrenze (60 bis 68 Jahre) überschritten und kommt deshalb nicht mehr für entsprechende Kandidaturen infrage.

- Zweitens gehört in Deutschland etwa ein Drittel der Parteimitglieder zur Gruppe der „Karteileichen“, die allenfalls ihre Mitgliedsbeiträge entrichten. Demgegenüber würde nur ungefähr jedes vierte Mitglied für ein öffentliches Amt kandidieren (23 Prozent) oder als ehrenamtlicher Helfer im Wahlkampf Plakate kleben und Flyer verteilen (27 Prozent).²⁸ Werden diese Werte zugrunde gelegt, dann hätten beispielsweise die sächsischen Bündnisgrünen in manchen Regionen nur ungefähr ein Dutzend aktive Mitglieder. Mit einer so dünnen Personaldecke sind weder eine intensive

²⁶ Zur besseren Vorstellung sei darauf hingewiesen, dass acht Landkreise in Deutschland (davon fünf in Mecklenburg-Vorpommern) mit einer Fläche zwischen 2.592 und 5.470 Quadratkilometern (erheblich) größer als das Saarland sind.

²⁷ Die genauen Werte liegen bei 36,6 % für die CSU, 40,0 % für die Linke, 41,1 % für die CDU und 41,5 % für die SPD. In

der FDP waren nur 30,3 % und bei Bündnis 90/Die Grünen lediglich 10,8 % der Mitglieder mindestens 66 Jahre alt; eigene Berechnungen nach Informationen von Oskar Niedermayer (2016, S. 424-427).

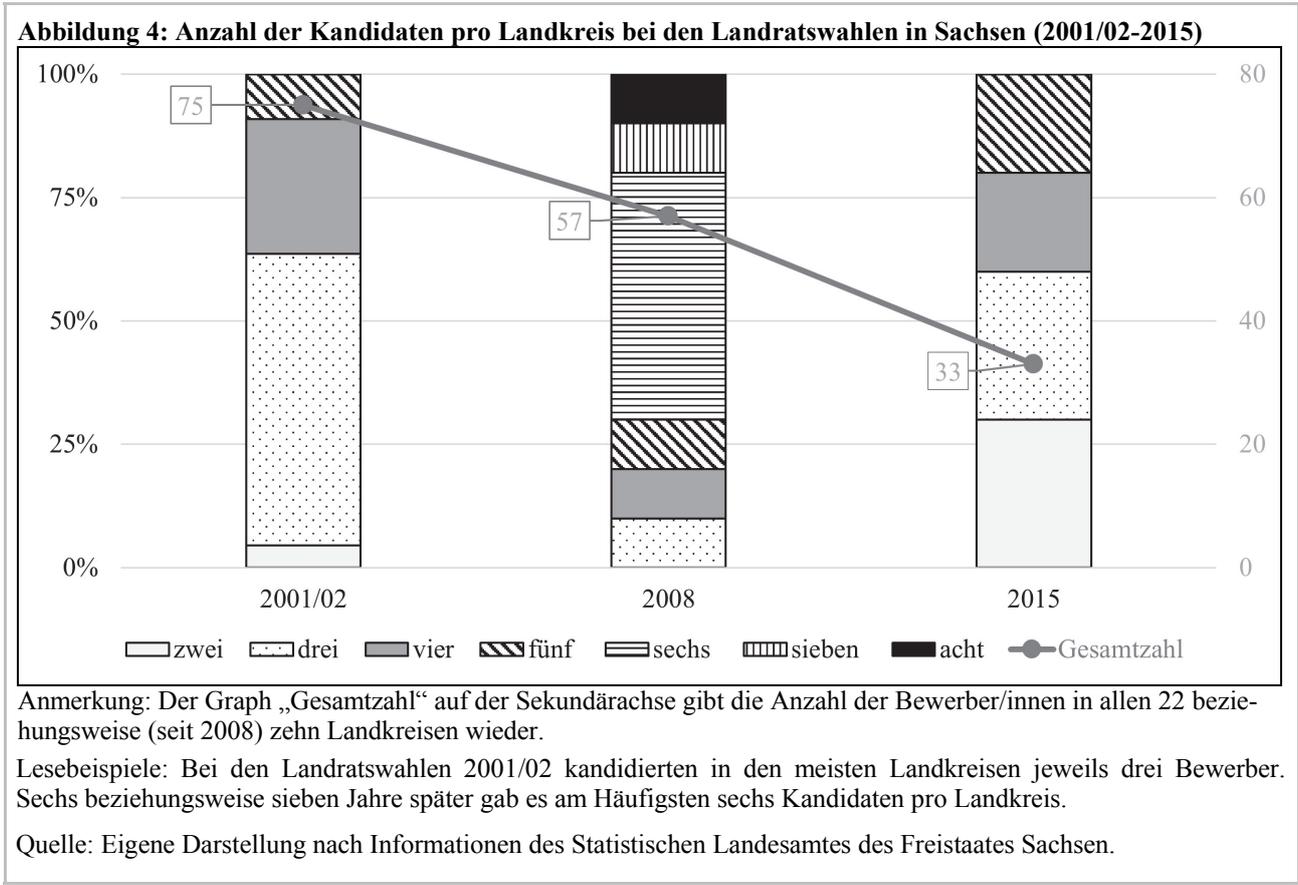
²⁸ Vgl. Spier 2011.

politische Arbeit noch die Rekrutierung von Bewerbern für alle zu besetzenden Mandate und Ämter möglich.

3. Herausforderungen (II): Schwierigkeiten bei Personalrekrutierung

Vor welchen erheblichen Problemen bei der Personalrekrutierung die Parteien auf der kommunalen Ebene mitunter stehen, wird beispielsweise daran deutlich, dass 2009 die Gemeinderatswahlen in sieben sachsen-anhaltischen Kommunen „[w]egen fehlender Kandidaten“²⁹ ausfielen. Ähnliches geschah auch andernorts bei Wahlen der (ehrenamtlichen) Bürgermeister oder Ortsvorsteher, weshalb die entsprechenden Aufgaben anderweitig wahrgenommen werden mussten oder das Amt vakant blieb. Beide Konstellationen sind aus demokratietheoretischer Perspektive ungünstig, denn auch auf der kommunalen Ebene – und nicht nur auf der Bundes- oder der Landesebene – werden wichtige politische Entscheidungen getroffen (siehe Abschnitt 4.4). Deshalb ist es wichtig, dass die politischen Ämter und Mandate besetzt werden.

Die Personalprobleme beschränken sich allerdings nicht bloß auf kleinere Kommunen. Sogar bei Landratswahlen treten manchmal nur wenige Kandidaten an, wie mit Blick auf Sachsen exemplarisch deutlich wird (Abbildung 4): Hatte es bei den Abstimmungen 2001 beziehungsweise 2002 lediglich in einem der damals 22 Landkreise nur zwei Bewerber gegeben, so bestand eine solche Situation 2015 in drei von zehn Landkreisen. Sowohl zur Jahrtausendwende als auch knapp eineinhalb Jahrzehnte später traten im Großteil der Regionen maximal drei Kandidaten an. Demgegenüber hatten die Wähler 2008 ein wesentlich größeres Personaltableau mit drei bis acht Bewerbern zur Auswahl. Diese Situation ist allerdings auf die damalige Fusion der Landkreise und – zumindest mancherorts – auf die Kampfkandidaturen der Amtsinhaber aus den bisherigen Kreisen zurückzuführen, weshalb vergleichsweise viele Personen zur Wahl standen. Aber auch in dieser besonderen Konstellation traten saldiert weniger Bewerber als sechs beziehungsweise sieben Jahre zuvor an. Insgesamt ist im gesamten Beobachtungszeitraum ein fast schon besorgniserregender Rückgang der Bewerberzahlen von 75 auf 33 Personen zu verzeichnen.³⁰



²⁹ Reiser 2017, S. 196.

³⁰ Vgl. Träger/Pollex 2016b, S. 648-650.

Die kontinuierlich kleiner werdende Bewerberzahl illustriert sehr gut die Herausforderungen, vor denen die Parteien auf der kommunalen Ebene bei der Rekrutierung von Kandidaten für öffentliche Ämter stehen: Im Idealfall ist es günstig, wenn der künftige Bürgermeister oder Landrat bereits vor Ort politisch aktiv ist und über kommunalpolitische beziehungsweise Verwaltungserfahrungen verfügt.³¹ Entsprechende Aspiranten zu finden, wird allerdings bei rückläufigen Mitgliederbeständen zunehmend schwieriger. So konnte beispielsweise 2015 bei der Landratswahl in Nordsachsen der (letztlich erfolgreiche) Christdemokrat Kai Emanuel mit dem Slogan „Ein Nordsachse. Für Nordsachsen“³² werben, „weil (...) seine Hauptkonkurrenten nicht (mehr) im Landkreis wohnten und eher Verlegenheitskandidaten ohne kommunalpolitische Erfahrungen waren“³³. Dabei spielt – insbesondere in Sachsen, aber auch andernorts – die Dominanz der CDU in den ländlichen Regionen eine wichtige Rolle, weshalb es den Kreisverbänden der anderen Parteien häufig extrem schwerfällt, Kandidaten aufzustellen. Aber selbst wenn dies gelingt, können viele Bewerber allenfalls im Rahmen von ehrenamtlichen Tätigkeiten im Gemeinderat oder im Kreistag kommunalpolitische Erfahrungen vorweisen. Im Gegensatz dazu befinden sich diejenigen, die beispielsweise im Landratsamt arbeiten oder hauptamtliche Bürgermeister sind, oft in einer strategisch günstigeren Position als ihre Konkurrenten.³⁴

Mit teilweise erheblichen Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung sind die Parteien aber nicht nur in den ländlichen Regionen konfrontiert. Ähnliche Situationen gibt es auch in den Großstädten, in denen die Partei des Amtsinhabers keinen „Kronprinz“ aufgebaut hat. Dort betreffen die Probleme häufiger die Unionsparteien, denen immer wieder ein „Metropolen-Problem“³⁵ oder ein „Großstadttrauma“³⁶ attestiert wird. Diese Einschätzungen sind keineswegs für alle Wahlen in den deutschen Großstädten richtig, stimmen jedoch gelegentlich mit Blick auf die Suche nach geeigneten Kandidaten für Oberbürgermeisterwahlen, wie die drei folgenden Beispiele aus den letzten Jahren zeigen.³⁷

³¹ Vgl. Gehne 2012.

³² Dieser Slogan stand unter anderem auf der Internetseite und den Plakaten des Kandidaten.

³³ Träger/Pollex 2016b, S. 655.

³⁴ Vgl. ebd., Tabelle A3 (http://hendriktraeger.de/data/documents/Traeger+Pollex_ZParl_Anhang.pdf).

³⁵ Schuler 2014.

³⁶ Burger 2015.

³⁷ Für die drei dargestellten Beispiele vgl. Träger/Pollex 2016a.

- Im Jahr 2009 musste die Kölner CDU innerhalb weniger Monate einen neuen Bewerber suchen, nachdem der populäre Amtsinhaber Fritz Schramma seine Kandidatur nach zwei Todesfällen beim Bau eines innerstädtischen U-Bahn-Tunnels zurückgezogen hatte. Die Suche nach einem Ersatz gestaltete sich für die in der Domstadt „heillos zerstrittene Partei“³⁸ schwierig, weil kein „Kronprinz“ als Nachfolger vorhanden war. Letztlich entschieden sich die Christdemokraten mit Peter Kurth, der damals Vize-Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft war und vorher als Staatssekretär beziehungsweise Finanzsenator in Berlin gearbeitet hatte, für einen in Köln nur wenig bekannten Kandidaten mit geringen Erfolgchancen.
- Ähnlich schwierig wie in Köln war die Situation 2012 für die Stuttgarter CDU, deren langjähriger Oberbürgermeister Wolfgang Schuster nicht wieder antrat. Auf einem mitgliederöffentlichen Parteitag entschieden sich die Christdemokraten mit klarer Mehrheit gegen den ehemaligen Oberbürgermeister von Singen (Hohentwiel) und früheren baden-württembergischen Arbeitsminister Andreas Renner, der in seiner eigenen Partei nicht unumstritten war. Die CDU-Mitglieder votierten vielmehr für den parteilosen Medienunternehmer Sebastian Turner aus Berlin. Dieser unterlag dann im zweiten Wahlgang dem Grünen Fritz Kuhn, der als Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Vorsitzender seiner Bundespartei wesentlich bekannter war und sich als politischer Profi präsentieren konnte.
- Im Gegensatz zu ihren Parteifreunden im Südwesten der Republik hatten die Christdemokraten bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl 2015 mit dem sächsischen Innenminister Markus Ulbig einen landesweit bekannten Bewerber. Dieser verfügte als ehemaliger Oberbürgermeister der benachbarten Kleinstadt Pirna über langjährige kommunalpolitische Erfahrungen, wohnte aber nicht in Dresden und hatte sich nur „mangels Alternativen (...) bereit erklärt, als aussichtsloser CDU-Kandidat ins Rennen (...) zu gehen“³⁹. Ulbig erlitt mit einem Stimmenanteil von lediglich 15,4 Prozent im ersten Wahlgang eine herbe Niederlage. Letztlich konnte sich mit dem bisherigen Wirtschaftsbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) ein anderer Kandidat aus dem bürgerlichen Lager, das durch zwei Bewerber aus den Reihen von CDU und FDP gespalten war, durchsetzen.

³⁸ Beucker 2009.

³⁹ Knobbe/Winter 2016, S. 47.

Anhand dieser Beispiele wird deutlich, vor welchen Problemen manche Parteien auf der kommunalen Ebene bei der Suche nach (erfolgsversprechenden) Kandidaten für öffentliche Ämter und Mandate stehen. Sollten die Parteien in den nächsten Jahren in einem ähnlichen Maß wie im letzten Vierteljahrhundert Mitglieder verlieren, dann ist zu befürchten, dass in absehbarer Zeit die Parteien in einigen Regionen vor eklatanten Schwierigkeiten stehen werden. Das könnte in letzter Konsequenz bedeuten, dass (noch mehr) Wahlen auf der kommunalen Ebene mangels Bewerber abgesagt werden müssten. Eine solche Entwicklung wäre gerade an der oft zitierten „Wiege der Demokratie“ ein Armutszeugnis für das politische System und die (lange Zeit sehr erfolgreiche) Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts dieser Herausforderungen, die sich nicht erst irgendwo am Horizont abzeichnen, sondern teilweise direkt vor der Tür stehen, sollten in den Landes- und Bundesgeschäftsstellen der Parteien die Alarmglocken schrillen oder eigentlich schon längst geschrillt haben.

4. Vier Vorschläge für den Umgang mit den Herausforderungen

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Probleme und Schwierigkeiten hinsichtlich des Mitgliederschwundes und der Personalrekrutierung stellt sich die Frage, wie die Parteien mit diesen elementaren Herausforderungen umgehen könnten. Dabei ist zu betonen, dass es keinen „Masterplan“ mit einfachen Lösungen gibt. Deshalb wäre es vermessen, so zu tun, als könnte hier ein ultimatives Konzept vorgelegt werden. Uns geht es vielmehr darum, einzelne Vorschläge zu unterbreiten und kurz anzudiskutieren.

Die ersten beiden Vorschläge fokussieren sich mit einem Plädoyer für einen langfristigen Aufbau von „Kronprinzen“ (*Abschnitt 4.1*) und der Möglichkeit von Wahlbündnissen als (erfolgreiche) „Notlösung“ (*Abschnitt 4.2*) auf konkrete Handlungsoptionen für die Parteien auf der kommunalen Ebene. Über diese Ebene gehen die beiden anderen Vorschläge hinsichtlich eines Mehr an Basisdemokratie (*Abschnitt 4.3*) und einer Stärkung der Aktivität von politischem Engagement (*Abschnitt 4.4*) hinaus und zielen auf die Parteien auf der Bundes- und der Landesebene beziehungsweise auf die Gesellschaft in Gänze ab.

4.1 Langfristig „Kronprinzen“ aufbauen

Auch auf der kommunalen Ebene sollten die Parteien möglichst kontinuierlich daran arbeiten, politisch erfahrenen und vor Ort bekannten Nachwuchs zu re-

krutieren, damit dieser bei Wahlen kandidieren kann. Wie beispielsweise der in *Kapitel 3* skizzierte Fall der Kölner CDU im Jahr 2009 zeigt, ist es nicht auszuschließen, dass innerhalb weniger Monate ein neuer Bewerber gefunden werden muss. In einer solchen Situation kann eine langfristige Strategie für eine Nachfolge die Partei vor einer zeitintensiven und problembehafteten Suche nach einem Ersatzkandidaten als Notlösung bewahren.

Insbesondere für die Partei des Amtsinhabers bietet es sich an, mittel- oder langfristig einen geeigneten „Kronprinzen“ aufzubauen. So hatte beispielsweise die Leipziger SPD in den 1990er-Jahren Wolfgang Tiefensee auf die Nachfolge von Hinrich Lehmann-Grube vorbereitet.⁴⁰ Der für Jugend, Schule und Sport zuständige Beigeordnete konnte sich auch aufgrund der öffentlichkeitswirksamen Unterstützung des in der Messestadt populären Oberbürgermeisters Lehmann-Grube klar gegen seine Konkurrenten durchsetzen.

Dass ein „Kronprinz“ trotz einer guten Ausgangslage und einer Favoritenrolle in den Umfragen nicht zwangsläufig die Wahl gewinnen muss, zeigt das Beispiel des Christdemokraten Boris Rhein in Frankfurt am Main. Der hessische Innenminister wurde von der beliebten Amtsinhaberin Petra Roth als Nachfolger präsentiert; es gab sogar gemeinsame Wahlkampfplakate. Aufgrund seines ungeschickten Agierens hinsichtlich Fluglärm und Ausbau am Frankfurter Flughafen sowie der stärkeren kommunalpolitischen Verankerung seines Mitbewerbers unterlag Rhein in der Stichwahl dem Sozialdemokraten Peter Feldmann.⁴¹

Die Strategie, einen „Kronprinzen“ aufzubauen, ist also nicht immer erfolgsversprechend, verschafft allerdings der Partei des Amtsinhabers zumindest bei der Kandidatensuche eine strategisch günstige Situation. Eine entsprechende Konstellation bleibt – in der Natur der Sache liegend – den anderen Parteien verwehrt. Das gilt vor allem für deren Gebiete in der politischen Diaspora. Gleichwohl oder vielmehr gerade deshalb sollten diese Parteien eine langfristige Strategie bei der Kandidatensuche wählen. Es könnte beispielsweise ein Mitglied des Stadt- beziehungsweise des Gemeinderates oder des Kreistages als Bewerber aufgebaut werden. Dafür wären vor allem (1) ein konkretes politisches Projekt als Alleinstellungsmerkmal, (2) öffentlichkeitswirksames Auftreten und (3) eine möglichst großflächige Verankerung in der Vereins-

⁴⁰ Vgl. Zeit Online 1996.

⁴¹ Vgl. Leppert/Ochs 2012; Träger/Pollex 2016a.

landschaft vor Ort von besonderer Bedeutung, damit sich die Bürger – ergo: die Wähler – langfristig ein Bild von dem Kandidaten machen können.

4.2 Wahlbündnisse als (erfolgreiche) „Notlösung“

Das Etablieren eines Kronprinzen oder das langfristige Aufbauen eines Bewerbers sind allerdings nicht immer möglich und keine Strategien für eine kurzfristige Lösung. In solchen Fällen könnten Wahlbündnisse – wenngleich oft auch nur als eine „Notlösung“ – eine Option sein. Dafür wäre es jedoch günstig, wenn die beteiligten Parteien bereits über einen längeren Zeitraum vertrauensvoll zusammenarbeiten. Das ist beispielsweise über gemeinsame Fraktionen oder eine interfraktionelle Zusammenarbeit im Gemeinderat oder Kreistag möglich.

So unterstützten bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl 2015 die Stadtratsfraktionen von SPD, Linke, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten im Rahmen der Wählerinitiative „Gemeinsam für Dresden“ die sächsische Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange. Die Sozialdemokratin, die dezidiert als überparteiliche Kandidatin antrat, unterlag erst im zweiten Wahlgang dem Liberalen Dirk Hilbert, der auch nicht ausdrücklich für seine Partei, sondern für die parteiungebundene Wahlvereinigung „Unabhängige Bürger für Dresden e.V.“ ins Rennen gegangen ist.⁴²

Wahlbündnisse sind durchaus auch parteilagerübergreifend möglich, wie die Bewerbungen der Parteiloosen Henriette Reker und des Liberalen Ingolf Roßberg zeigen. Reker trat 2015 in Köln als Kandidatin von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen an; Roßberg wurde bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl 2001 im Rahmen des Bündnisses „OB für Dresden“ von (Teilen der) FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und damaliger PDS unterstützt. Eine analog zusammengesetzte Formation schickte 2015 bei der Bürgermeisterwahl im nordsächsischen Taucha den FDP-Stadtrat Tobias Meier ins Rennen.⁴³ Alle drei Wahlbündnisse waren erfolgreich; bei Kandidaturen von mehreren Personen aus den beteiligten Parteien wäre hingegen ein Wahlsieg eines anderen Bewerbers – also des SPD-Kandidaten in Köln und der CDU-Bewerber in Dresden und Taucha – nicht unwahrscheinlich gewesen. Eine Notlösung kann also durchaus erfolversprechend sein.

4.3 Plädoyer für mehr Basisdemokratie

Oberhalb der kommunalen Ebene wäre es gut, wenn sich die Parteizentralen noch stärker als ohnehin

⁴² Vgl. Weller 2015; Träger/Pollex 2016b, S. 638 f.

⁴³ Vgl. Träger/Pollex 2016a und 2016b, S. 656.

schon für einen Anstieg der Mitgliederzahlen – oder zumindest gegen den Austritt weiterer Mitglieder – einsetzen würden. Auf diese Weise könnten in letzter Konsequenz auch die Personaldecke in den lokalen Gebietsverbänden verbessert und die Parteistrukturen vor Ort (wieder) etabliert werden. Entsprechende Reformvorhaben gibt es zwar seit einigen Jahren.⁴⁴ Diese sind – ausweislich der Mitgliederentwicklung in den Parteien – allerdings wenig erfolgreich.

Neueintritte beziehungsweise ein Anhalten oder Verlangsamens der Austritte könnten beispielsweise über eine stärkere Einbindung der Mitglieder erreicht werden. Dafür müssten die Parteien auf Landes- und Bundesebene die Möglichkeiten zur basisdemokratischen Mitbestimmung stärker nutzen. Obgleich eine klare Mehrheit der Mitglieder in den etablierten Parteien Urwahlen über Sach- und Personalfragen unterstützt und damit den „Wunsch nach mehr innerparteilicher Demokratie“⁴⁵ äußert, ist „das Binnenleben der Parteien nirgendwo (...) auf eine lebendige direktdemokratische Beteiligungskultur“⁴⁶ ausgerichtet. Basisdemokratische Elemente werden – wenn überhaupt – nur im Umfeld von Wahlen genutzt.⁴⁷

Solche eher sporadischen Ausflüge in die Basisdemokratie sind aber viel zu wenig, um politisch Interessierte zum Eintritt in eine Partei oder aktuelle Mitglieder zum Verbleiben beziehungsweise zu einem (stärkeren) Engagement animieren zu können. Nur wer das Gefühl hat, etwas „bewirken“ zu können, dürfte sich dazu entscheiden mitzumachen. In diesem Zusammenhang wäre es auch überlegenswert, ob die Parteiführung (noch) häufiger die Basis besucht und dabei nicht nur den Eindruck eines Pflichtbesuches ohne richtige Diskussion und konkrete Ergebnisse hinterlässt.

4.4 Stärkung der Attraktivität von politischem Engagement

Eine weitere Möglichkeit, politisches Engagement auf der kommunalen Ebene zu stärken, könnte darin bestehen, sowohl in der Politik als auch in den Medien und der Öffentlichkeit die Bedeutung von Bürgermeistern und Gemeinderäten beziehungsweise Kreistagsmitgliedern wesentlich besser zu kommunizieren. Gelegentlich – beispielsweise angesichts der oft erschreckend niedrigen Beteiligungsquoten bei Kommunalwahlen – entsteht der Eindruck, als wäre die Kommunalpolitik nur von nachrangiger Bedeu-

⁴⁴ Siehe u.a. Totz 2012.

⁴⁵ Laux 2011, S. 176.

⁴⁶ Wiesendahl 2006, S. 159.

⁴⁷ Siehe u.a. Träger 2015.

tung. Das ist aber falsch: „Kommunalpolitiker müssen Bedürftige versorgen, Einheimische und Flüchtlinge. Sie müssen Strukturwandel verkraften, Zeichensterben, Werftenkrise, Abwanderung von Industriebetrieben. Und sie spüren empfindlich die Folgen der Berliner Politik.“⁴⁸

Vor diesem Hintergrund wäre es überlegenswert, die oft ehrenamtliche Tätigkeit auf der kommunalen Ebene zu stärken. Eine Steigerung der Wertschätzung könnte dazu beitragen, dass mehr Bürger dazu bereit sind, Teile ihrer (oft knapp bemessenen und deshalb kostbaren) Freizeit für ein kommunalpolitisches Engagement zu „opfern“. Dafür reichen nicht nur „Ehrenamtspreise“ und ähnliche Auszeichnungen.

Darüber hinaus ist auch zu diskutieren, wie kommunalpolitische Themen stärker in den Fokus der Bürger gerückt werden können. So wurde beispielsweise die Einführung der Direktwahl der Bürgermeister in einigen Bundesländern mit der Erwartung einer stärkeren Einbindung der Bürger in die lokale Politik verbunden. Gleiches gilt für die Bürgerentscheide auf der kommunalen Ebene.⁴⁹ Diese direktdemokratischen Elemente haben aber – darauf deuten zumindest unsere Analysen hin – bisher wenig an den strukturellen Problemen der Parteien geändert. Obgleich ein gesteigertes Interesse seitens der Bürger an größeren Einflussmöglichkeiten in der kommunalen Politik besteht, trägt dies offensichtlich nicht zu mehr lokalem Engagement in den Parteien bei.

5. Fazit

Wo stehen nun also die Parteien an der „Wiege der Demokratie“? Allgemein muss festgestellt werden, dass die Parteien als die zentralen Organisationen der politischen Willensbildung vor Ort unter großem Druck stehen. Sie müssen unter den schwierigen Bedingungen erheblich rückläufiger Mitgliederbestände agieren; die daraus resultierende strukturelle Schwäche erschwert den politischen Wettstreit zwischen den Parteien. Das wird beispielsweise an den teilweise massiven Problemen deutlich, politisch beziehungsweise administrativ erfahrene und vor Ort verankerte Kandidaten für alle zu besetzenden Ämter sowie Mandate inner- und außerhalb der Partei aufzustellen. Diese Probleme sind sowohl in ländlichen Regionen als auch in einigen Großstädten in zunehmendem Maße zu beobachten.

Um auf die beschriebenen Herausforderungen reagieren zu können, haben die lokalen Gebietsverbän-

de der Parteien oft nur eingeschränkte Möglichkeiten. Dazu gehören vor allem der langfristige Aufbau von „Kronprinzen“ und die Bildung von Wahlbündnissen zwischen Parteien, die bereits auf der lokalen Ebene (zum Beispiel im Stadtrat) zusammenarbeiten. Darüber hinaus sollten – vor allem oberhalb der kommunalen Ebene – die Attraktivität einer Parteimitgliedschaft verbessert und die Bedeutung der Politik vor Ort beziehungsweise deren Wahrnehmung gestärkt werden. Das ist zweifelsohne keine leichte Aufgabe, aber für die (Parteien-)Demokratie auf der kommunalen Ebene unbedingt erforderlich.

Literatur

Barbehön, Marlon/ Sybille Münch (2017). Stadt, lokale Politik, Variation. Annäherung an eine Forschungsagenda. In: dies. (Hrsg.), *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik* (S. 1-22). Wiesbaden: Springer VS.

Beucker, Pascal (2009). OB-Wahl in Köln: CDU sucht opferbereiten Parteisoldaten. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ob-wahl-in-koeln-cdu-sucht-opferbereiten-parteisoldaten-a-621285.html> (letzter Zugriff: 27.10.2016).

Burger, Reiner (2015). Das Großstadttrauma der CDU. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/oberbuergermeisterwahl-das-grossstadttrauma-der-cdu-13396074.html> (letzter Zugriff: 27.10.2016).

Gehne, David (2012). *Bürgermeister. Führungskraft zwischen Bürgerschaft, Rat und Verwaltung*. Stuttgart: Boorberg.

Gross, Martin (2017). Großstadt ist nicht gleich Großstadt: Erklärungskraft für die Unterschiede bei kommunalen Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvereinbarungen. In: Marlon Barbehön/ Sybille Münch (Hrsg.), *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik* (S. 193-220). Wiesbaden: Springer VS.

Haus, Michael (2005). Lokale Politik in Deutschland: zur Veränderung der Rahmenbedingungen. In: ders./ Hubert Heinelt/ Björn Egner/ Christine König (Hrsg.), *Partizipation und Führung in der lokalen Politik* (S. 77-100). Baden-Baden: Nomos.

Hennis, Wilhelm (1999). *Regieren im modernen Staat*. Tübingen: Mohr Siebeck.

Holtkamp, Lars (2008). *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Holtmann, Everhard (2013). Parteien auf der kommunalen Ebene. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.),

⁴⁸ Supp 2016, S. 45.

⁴⁹ Vgl. Mittendorf/Rehmet 2002.

- Handbuch Parteienforschung* (S. 791-815). Wiesbaden: Springer VS.
- Kipke, Rüdiger (2000). Gemeinden in der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. In: Jürgen Bellers/ Rainer Frey/ Claudius Rosenthal (Hrsg.), *Einführung in die Kommunalpolitik* (S. 75-88). München: Oldenbourg.
- Knobbe, Martin/ Steffen Winter (2016). Der Zaude-
rer. *Der Spiegel* (Nr. 43), S. 46-48.
- Kost, Andreas/ Hans-Georg Wehling (Hrsg.) (2010). *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern – eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krapp, Max-Christopher/ Björn Egner (2013). Parteien in der Kommunalpolitik. In: Björn Egner/ Max-Christopher Krapp/ Hubert Heinelt (Hrsg.), *Das deutsche Gemeinderatsmitglied. Problemsichten, Einstellungen, Rollenverständnis* (S. 69-82), Wiesbaden: Springer VS.
- Kuhlmann, Sabine/ Hellmut Wollmann (2013). *Verwaltung und Verwaltungsreformen in Europa*. Wiesbaden: Springer VS.
- Laux, Annika (2011). Was wünschen sich die Mitglieder von ihren Parteien? In: Tim Spier/ Markus Klein/ Ulrich von Alemann/ Hanna Hoffmann/ Annika Laux/ Alexandra Nonnenmacher/ Katharina Rohrbach (Hrsg.), *Parteimitglieder in Deutschland* (S. 157-176). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Leppert, Georg/ Jutta Ochs (2012). Boris Rhein liegt in Umfrage vorn. <http://www.fr-online.de/ob-peterfeldmann-frankfurt/oberbuergemeisterwahl-in-frankfurt-boris-rhein-liegt-in-umfrage-vorn,11317964,11444534.html> (letzter Zugriff: 28.10.2016).
- Mittendorf, Volker/ Frank Rehmet (2002). Bürgerbegehren und Bürgerentscheide: Wirkungsaspekte auf kommunale Willensbildungs- und Entscheidungsvorbereitungsprozesse in Deutschland und der Schweiz. In: Jörg Bogumil (Hrsg.), *Kommunale Entscheidungsprozesse im Wandel. Theoretische und empirische Analysen* (S. 219-238). Opladen: Leske & Budrich.
- Naßmacher, Hiltrud/ Karl-Heinz Naßmacher (2007). *Kommunalpolitik in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niedermayer, Oskar (2016). Parteimitgliedschaften im Jahre 2015. *ZParl* 47 (2), S. 411-436.
- Pollex, Jan (2017). Variationen institutioneller Praxen und ihre Effekte auf die Funktionsausübung von Stadträten – Leipzig und Dresden im Vergleich. In: Marlon Barbehön/ Sybille Münch (Hrsg.), *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik* (S. 221-244). Wiesbaden: Springer VS.
- Rehfeld-Staudt, Annette/ Werner Rellecke (2010). Kommunalpolitik im Freistaat Sachsen. In: Andreas Kost/ Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung* (S. 283-306). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reiser, Marion (2017). Die kommunale Ebene in Sachsen-Anhalt: Entwicklung und Herausforderungen in der Kommunalpolitik seit der Wende. In: Hendrik Träger/ Sonja Priebus (Hrsg.), *Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt* (S. 181-200). Wiesbaden: Springer VS.
- Rellecke, Werner (2010). Sachsen – vom „roten Königreich“ zum CDU-dominierten Sechsparteiensystem. In: Andreas Kost/ Werner Rellecke/ Reinhold Weber (Hrsg.), *Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart* (S. 341-359). München: Beck.
- Roßteutscher, Sigrid/ Armin Schäfer (2016). Asymmetrische Mobilisierung: Wahlkampf und ungleiche Wahlbeteiligung. *PVS* 57 (3), S. 455-483.
- Schammann, Hannes (2015): Wenn Variationen den Alltag bestimmen. Unterschiede lokaler Politikgestaltung in der Leistungsgewährung für Asylsuchende. *ZfVP* 9 (3), S. 161-182.
- Schönig, Barbara/ Dieter Rink/ Daniel Gardemin/ Andrej Holm (2017). Paradigmenwechsel in der kommunalen Wohnungspolitik? Variationen kommunalisierter Wohnungspolitik im transformierten Wohlfahrtsstaat. In: Marlon Barbehön/ Sybille Münch (Hrsg.), *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik* (S. 25-62). Wiesbaden: Springer VS.
- Schuler, Katharina (2014). Die CDU hat ein Metropolen-Problem. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-06/cdu-staedte-duesseldorf> (letzter Zugriff: 27.10.2016).
- Schultze, Claus, J. (2003). Cities and EU governance: Policy-Takers or policy-makers. *Regional and Federal Studies* 13 (1), S. 121-147.
- Spier, Tim (2011). Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien? In: ders./ Markus Klein/ Ulrich von Alemann/ Hanna Hoffmann/ Annika Laux/ Alexandra Nonnenmacher/ Katharina Rohrbach (Hrsg.), *Parteimitglieder in Deutschland* (S. 97-119). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Supp, Barbara (2016). Unbehaglich. *Der Spiegel* (Nr. 44), S. 44 f.

Totz, Daniel (2012). Mitglieder gesucht: Die Reform der SPD-Parteiorganisation. *MIP* 18, S. 72-85.

Träger, Hendrik (2015). Innerparteiliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zur Bundestagswahl 2013: Eine Urwahl, zwei Mitgliederentscheide und neue Verfahren der Wahlprogrammarbeitung. In: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung* (S. 269-289). Wiesbaden: Springer VS.

Träger, Hendrik/ Jan Pollex (2016a). Das Großstadtrauma der CDU bei Oberbürgermeisterwahlen: Warum verlieren die Kandidaten der Christdemokraten so oft? *ZPol* 26 (3), S. 279-300.

Träger, Hendrik/ Jan Pollex (2016b). Oberbürgermeister- und Landratswahlen zwischen struktureller Schwäche und kommunalpolitischer Erfahrung: eine Analyse der Direktwahlen in Sachsen von 1994 bis 2015. *ZParl* 47 (3), S. 636-656.

Vetter, Angelika/ Sebastian Kuhn (2013). (Nationale) Parteien in der lokalen Politik. Wandel oder Krise. In: Michael Haus/ Sabine Kuhlmann (Hrsg.), *Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise* (S. 27-48). Wiesbaden: Springer VS.

Weller, Andreas (2015). „In Dresden muss sich etwas ändern“. <http://www.sz-online.de/nachrichten/in-dresden-muss-sich-etwas-aendern-3020601.html> (letzter Zugriff: 28.10.2016).

Wiesendahl, Elmar (2006). *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wollmann, Hellmut (2008). *Reformen in Kommunalpolitik und -verwaltung. England, Schweden, Frankreich und Deutschland im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zeit Online (1996). Leipzig im Glück. http://www.zeit.de/1996/04/Leipzig_im_Glueck/komplettansicht (letzter Zugriff: 28.10.2016).